



CLAUDIA KEMFERT

Die Bürgerenergiegewende ist in Gefahr

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Möglichkeit, praktisch an jedem Ort der Erde Strom unmittelbar von der Sonne zu „ernten“, ist ein Geschenk wissenschaftlicher Erkenntnis. Für die Betreiber herkömmlicher Kraftwerke, in denen Kohle, Öl und Gas verbrannt wird, ist es jedoch eher ein Albtraum. Sie drohen immer weiter an Bedeutung zu verlieren, je mehr Menschen und Haushalte ihren Strombedarf, beispielsweise durch die eigene Photovoltaikanlage auf dem Dach, selbst decken. Die sogenannte Bürgerenergiegewende ist für sie ein Reizwort, das ihnen die eigene Vergänglichkeit vor Augen führt. Und deshalb versuchen sie nun, mithilfe der Bundesnetzagentur zurückzuschlagen.

Wie konnte es dazu kommen? Noch zu Beginn des Jahrtausends war die Erzeugung von Solarstrom durch Photovoltaik sehr teuer, eine Kilowattstunde Sonnenenergie kostete rund 50 Cent. Doch im Jahr 2002 startete das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine sanfte, aber nachdrückliche Marktrevolution: Es erlaubte Investoren in Deutschland, Solarstrom zu vorher festgelegten, attraktiven Einspeisetarifen zu verkaufen – und das auf 20 Jahre garantiert. Und das EEG enthielt keine Obergrenze für die zu veräußernde Strommenge. So war es für Investoren überaus attraktiv, hier Geld zu investieren, eine wachsende Photovoltaikindustrie entstand. Heute kostet die eigene Erzeugung von Solarstrom in Deutschland nicht mehr 50, sondern nur noch fünf bis sieben Cent pro Kilowattstunde. Das ist weitaus günstiger als der mit Abgaben belastete Strom aus der Steckdose, für den Verbraucherinnen und Verbraucher rund 30 Cent pro Kilowattstunde bezahlen müssen.

Es erstaunt daher nicht, dass es immer mehr sogenannte Prosumer gibt. Prosumer – das Wort setzt sich aus Producer und Consumer zusammen – sind gleichzeitig StromverbraucherInnen, also KonsumentInnen, und ProduzentInnen, die einen Teil ihres Strombedarfs durch Eigenerzeugung decken. Mit immer besser und günstiger werdenden Batteriespeichern können sie dies sogar zunehmend auch in sonnen- und windarmen Zeiten tun. Die Unabhängigkeit von klassischen Stromerzeugern wächst dadurch stetig weiter.

Diese für die klassische Energiewirtschaft unangenehme „Nebenwirkung“ führt zu wachsender Kritik der traditionellen Stromunternehmen an den vermeintlich ungerechten EEG-Regeln – mit der Folge, dass die Bundesnetzagentur nun also einen Plan vorgelegt hat, der die Eigenstromerzeugung durch Photovoltaik unattraktiv machen soll.

Das muss irritieren. Denn in seiner Wirkung ist die Eigenstromerzeugung genau dasselbe wie die Nutzung energieeffizienter Geräte: Sie vermindert die Einspeisung aus dem Stromnetz. Wer ansonsten mit publikumswirksamen Aktionen, etwa mit dem Verkauf von Strommessgeräten für Steckdosen, ambitioniert zum Stromsparen aufruft, sollte doch die effizienteste Art des Stromsparens – nämlich die Eigenstromerzeugung – nicht aktiv behindern. Im Gegenteil: Erst beides zusammen ergibt Sinn.

Die attraktivste Art der Marktförderung von selbst erzeugtem Solarstrom ist denkbar einfach: Wer als KonsumentIn Strom nicht dem Netz entnimmt, muss ihn nicht bezahlen. Wer als ProduzentIn (Überschuss-)Strom ins Netz einspeist, wird mit einer festen Vergütung bezahlt. Um auch die Netzbetreiber fair zu beteiligen, muss für den Stromanschluss eine Gebühr bezahlt werden. Damit liefern die Prosumer auch einen Beitrag für den Erhalt des Netzes und der noch betriebenen Kraftwerke, die man im Winter für eine sichere Stromversorgung nach wie vor braucht.

Es geht dabei insgesamt nicht um wirtschaftliche Nebentätigkeiten einzelner „Besserverdiener“, sondern um eine fundamentale Bürgerenergiegewende. Der globale Solarmarkt wird heute nahezu vollständig von Herstellern aus China oder anderen asiatischen Ländern bedient. Wir stehen vor der Alternative: Entweder importieren wir künftig einen wesentlichen Teil unseres Energiesystems, oder wir etablieren in Deutschland eine eigene Wertschöpfungskette, um wenigstens einen Teil unseres rasch wachsenden Energiebedarfs selbst zu decken. Es ist Zeit, darüber zu diskutieren, bevor es zu spät ist.

Dieser Text ist in einer deutlich längeren Version gemeinsam mit Eicke Weber bei Tagesspiegel Background Energie & Klima erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 1. Juli 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter